

Öffentliche Banken

Stark politisch beeinflusst

Auf eines legen Landes- und Förderbanken viel Wert. Sie sind zwar öffentlich-rechtliche Banken und meist auch im Landes- oder gar Bundesbesitz, aber als politisch anhängig möchten sie nicht bezeichnet werden. Im Gegenteil, immer wieder wird betont, die Anrufe aus den jeweiligen Wirtschaftsministerien mit bestimmten Wünschen gäbe es so nicht mehr, stattdessen klare Regeln für Geschäfte, an die sich alle Beteiligten in Vorstand und Verwaltungsrat halten müssen. Und doch muss man derzeit das Gefühl haben, dass die im Bundesverband Öffentlicher Banken organisierten 27 ordentlichen und 35 außerordentlichen Mitglieder aktuell politisch abhängiger sind denn je. Nicht durch Einflussnahme ihrer Eigentümer. Aber die politischen Gemengelagen schlagen mehr und mehr durch.

Beispiel 1: Geschäfte mit dem Iran, so VÖB-Präsident Johannes-Jörg Riegler, seien seinem Wissen nach von den meisten Mitgliedern eingefroren worden. Beispiel 2: Die Finalisierung von Basel III wirft die Institute gemessen an der harten Eigenkapitalquote um rund 2 Jahre auf den Stand von 2015 zurück. Denn entgegen aller Beteuerungen der BIZ komme es doch zu einem für Riegler „signifikanten“ Anstieg der Eigenkapitalanforderungen, wodurch die harte Kernkapitalquote seiner Mitglieder im Durchschnitt berechnet nach einer „Musterbank“ von aktuell 12,2 Prozent um 2,8 Prozentpunkte sinkt. Schuld sind einmal mehr die Amerikaner, die mit ihrem Beharren auf einem Output Floor jenseits der 70er-Marke, gerade die langfristig orientierten europäischen, vor allem deutschen Banken getroffen haben, die Kredite nicht wie in den USA üblich auslagern, sondern auf den eigenen Büchern halten.

Folgt Beispiel 3: Die niedrigen Zinsen. Auch diese sind vor allem politisch gewollt, um schwächelnden Staaten in Europa die Refinanzierung nicht noch weiter zu erschweren. Das aber trifft wiederum auch die Banken: Zum einen fehlt die Möglichkeit, über auskömmliche Gewinne Eigenkapital aufzubauen. Zum anderen bleiben die notleidenden Kredite länger als in normalen Zeiten auf den Büchern, denn abschreiben muss man sich auch leisten können. So lange die vor allem südeuropäischen

Banken aber weiter unter ihrer NPL-Last ächzen, werden Wachstumsimpulse, die die EZB mit Zinsen und Liquiditätsspritzen zu setzen versucht, weiterhin nahezu wirkungslos verpuffen. Und Riegler fordert weiter, dass der Konnex von Banken und Staatsschulden dringend aufgehoben werden muss.

Beispiel 4: Generell Europa. Auch wenn die öffentlichen Banken europäische Bestrebungen hin zu einer Bankenunion und auch einer Kapitalmarktunion grundsätzlich loben und als stabilitätsfördernd einstufen, gibt es doch viele Entwicklungen, die mit großer Sorge beobachtet werden: „Die ersten Ankündigungen aus Italien stimmen keineswegs hoffnungsfroh“, sagt der Präsident. Und fordert gleichzeitig, sich wieder mehr auf das Wesentliche und die Einhaltung der selbst gesteckten Regeln zu halten, statt über einen europäischen Finanzminister und ähnliches zu philosophieren. Auch wenn es die Banken nicht mehr sind, die Rahmenbedingungen sind allemal herrlich oder furchtbar politisch.

PS: Wie bedeutsam die öffentlichen Banken geworden sind, zeigt sich daran, dass die für die Bayerische Landesbank zuständigen Aufsichtspersonen unangemeldet die Pressekonferenz des VöB besucht haben, um Herrn Rieglers Worte aufmerksam zu verfolgen. Dabei darf er als Präsident doch über einzelne Häuser gar nichts sagen!

Commerzbank

Auf Kurs

Die Commerzbank befindet sich noch immer im Umbruch und das möchte man bei der Großbank auch weiterhin so verstanden wissen. Das gestiegenen Quartalsergebnis von 250 (229) Millionen Euro hatte das man einem gestiegenen sonstigen Ergebnis und einem stark gesunkenen Steueraufwand zu verdanken. Das operative Ergebnis von 289 (330) Millionen Euro sank um 12 Prozent im Gegensatz zum Vorjahreszeitraum. Ansonsten steht für das Unternehmen nicht so sehr das Ergebnis sondern der Weg dahin im Vordergrund. So gibt Finanzchef Stephan Engels in der Telefonkonferenz zur Vorstellung der Q1-Zahlen als erstes einen kurzen Überblick über die Umsetzung der Strategie Commerzbank 4.0 und



wirbt um Verständnis für den Kostendruck. Besonderes Augenmerk legt er auf die Neukundengewinnung. Zum Ende des ersten Quartals 2018 hat die Bank seit Oktober 2016 inzwischen 712000 Nettoneukunden im Privat- und Unternehmerkundensegment hinzugewonnen und sieht sich damit nach eigener Aussage auf einem guten Weg, um das Ziel von einer Million Nettoneukunden bis Ende des Jahres zu erreichen. Bei den Firmenkunden sei man mit netto 1000 Neukunden in Q1 und insgesamt 6500 seit 2016 schon nah am Ziel von 7000 Neukunden bis Ende 2018.

Doch der Umbau und die Kundengewinnung gehen zulasten der Erträge und erhöhen den Aufwand. Im ersten Quartal blieben die Erträge mit 2,3 Milliarden Euro knapp unter dem Vorjahreswert von 2,39 Milliarden Euro. Der Zinsüberschuss sank minimal um 0,4 Prozent auf 1,045 (1,049) Milliarden Euro. Im Gegensatz dazu brach der Provisionsüberschuss um rund 10 Prozent von 887 Millionen Euro auf 797 Millionen Euro ein. Zur Begründung verweist die Bank auf Änderungen in der Verbuchung und den gefallen Erträgen im Wertpapiergeschäft. Zudem nahm der Verwaltungsaufwand um 3,8 Prozent auf 1,936 Milliarden Euro zu, was Engels mit planmäßig gesteigerten Investitionen und regulatorischen Belastungen erklärt. Trotzdem befinde man sich weiterhin „entlang des angekündigten Wachstumspfades“.

Neben diesen teilweise kurzfristigen Kostensenkungen, werden manche Bereiche des Umbaus erst langfristig wirksam, wie der Personalabbau. Die Commerzbank vermeldet den Abbau von rund 400 Vollzeitkräften im ersten Quartal 2018, von 9600 Vollzeitstellen die bis 2020 die Kosten langfristig senken sollen. 2300 neue Jobs werden parallel aufgebaut, etwa um die Digitalisierung der Bank voranzutreiben. Die Deutsche Bank als andere deutsche Großbank im Umbau hat ebenfalls einen Personalabbau beziehungsweise -umbau ausgegeben und fängt dabei mit dem Vorstand und der ersten Managementebene an. „Weniger Hierarchie, mehr Teamarbeit – das ist die Devise“ lautet dort der neue Leitspruch. Nach drei Verlustjahren in Folge intensiviert das Institut unter seinem neuen Vorstandschef Christian Sewing damit den Sanierungskurs. Der inzwischen abgelöste Vorstandschef John Cryan hatte 2015 schon die Streichung von etwa 9000 Jobs eingeleitet.

Castell-Bank

Belastung durch unliebsamen Sondereffekt

Ohne diesen ärgerlichen Störeffekt hätte die Castell-Bank bei der traditionellen Präsentation ihrer Zahlen auf ein „sehr, sehr gutes“ Berichtsjahr zurückblicken können. Dass der Vorstandsvorsitzende 2017 es in der Rückschau letztlich nur als sehr zufriedenstellend einstufen konnte, hängt maßgeblich mit einem Betrugsfall zusammen, den die Bank im Alleinbesitz der Fürstenfamilien Castell-Castell und Castell-Rüdenhausen im Herbst 2017 zu verkräften hatte. Seinerzeit hatte sie nach internen Untersuchungen durch die Revision und die Rechtsabteilung einen Mitarbeiter fristlos entlassen und Strafanzeige gegen ihn erstattet. Unter bewusster und gezielter Umgehung der internen Kontrollsysteme der Bank, so lautet der inzwischen gerichtlich anhängige Vorwurf, hatte der ehemalige Berater außerhalb der Aktivitäten und in Unkenntnis der Bank Geschäfte mit Kunden abgewickelt. Bei dieser zurückhaltenden Sprachregelung ist die Bank geblieben, um der näheren Klärung der Sachverhalte in dem im Sommer stattfindenden Gerichtsprozess nicht vorzugreifen.

Einige Details wurden bei der Jahresberichterstattung gleichwohl erläutert. So wurden zur Bereinigung der Schäden von etwa 50 betroffenen Kunden Rückstellungen von 5,6 Millionen Euro gebildet. Zudem wurde neben dem eigenen Wirtschaftsprüfer eine weitere externe Prüfungsgesellschaft damit beauftragt, die Prozesse zu untersuchen. Anhaltspunkte für offensichtliche Schwachstellen der internen Kontrollmechanismen haben laut Vorstand bislang aber weder die selbst eingeleitete Überprüfung noch der Austausch mit der BaFin ergeben.

Beim ausgewiesenen Ergebnis indes lassen sich deutliche Spuren erkennen. Zwar hat die Bank durch die Auflösung von Eigenanlagen und Teilen der Risikovorsorge, die in den vorangegangenen Jahren vom Wirtschaftsprüfer eher am oberen Spektrum des Vertretbaren angesiedelt wurden, einen noch tieferen Einschnitt vermeiden können. Insbesondere das Ergebnis aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen weist aber einen satten Rückgang von 0,134 auf minus 5,562 Millionen Euro auf. Mit 2,34 (4,63) Millionen Euro hat sich der Jah-

resüberschuss im Berichtsjahr 2017 gegenüber dem Vorjahr nahezu halbiert und liegt auch deutlich unter den Werten der vergangenen fünf Jahre.

In die gewünschte Richtung entwickelt hat sich immerhin die Relation von Zins- zu Provisionsüberschuss. Mit 16,5 (14,8) Millionen Euro hat Letzterer allein im Berichtsjahr einen Sprung von 11,5 Prozent gemacht und damit den Zinsüberschuss von 14,8 Millionen Euro überflügelt. Eigentlich wollte die Bank bei dieser Gewichtsverlagerung hin zum Provisionsgeschäft allerdings den Zinsüberschuss möglichst stabil halten. Seinen kontinuierlichen Rückgang von 21,3 Millionen Euro im Jahre 2013 über 20,0 Millionen Euro in 2015 auf besagte 14,8 Millionen Euro erklärt sie nicht allein durch den Wettbewerbsdruck und die Niedrigzinsphase, sondern auch durch die eigene Zurückhaltung im Kreditgeschäft. Einen strategischen Ausweg sucht die Castell-Bank mit der Lancierung einer digitalen Plattform zur Vermögensverwaltung, die mit dem Fintech-Partner Elinvar aufgesetzt wurde. Für die kommenden Jahre bedeutet das eine ganz spannende Herausforderung: (Wie) Schafft es eine traditionsreiche Bank, die seit 245 Jahren ihre Werte glaubhaft in ihrer Stammregion vermittelt und gelebt hat, diese Unternehmenskultur deutschlandweit in die anonyme Welt des Internet Banking zu übertragen?

Förderbanken

Auf Digitalisierungskurs

So unterschiedlich breit das Leistungsangebot und die regionale oder nationale Ausrichtung der deutschen und europäischen Förderbanken im Einzelnen auch sein mögen, sie alle unterliegen dem klaren Auftrag, einem Marktversagen entgegenzuwirken und alle müssen sich mit ihren Fördermaßnahmen an die Vorgaben der EU-Kommission zu den Beihilferegulungen bewegen (siehe auch ZfgK 10-2018). Die L-Bank sieht sich in diesem allgemeinen Rahmen mit ihren vier Tätigkeitsfelder besonders breit aufgestellt. Als Staatsbank des Landes Baden-Württemberg und gemessen an der Bilanzsumme mit (70,67) 75,08 Milliarden Euro per Ende 2017 die zweitgrößte unter den 17 regionalen Förderbanken in Deutschland hat sie sich neben den klassischen Krediten zur Förderung von Investitionen in Wirtschaft, Wohnraum

und Infrastruktur, der Eigenkapitalvergabe an Gründer und Wachstumsunternehmen sowie der Standortentwicklung, beispielsweise über Technologieparks, als viertes Aufgabenfeld eine Infrastruktur für Finanzhilfen aufgebaut, die eine schnelle und effiziente Vergabe von Geldern aus Land, Bund und EU gewährleisten soll. Im Berichtsjahr 2017 wurden Finanzhilfen von 2,119 (2,2) Milliarden Euro ausgereicht, darunter als größter Posten mit 944 Millionen Euro das Elterngeld, für dessen Abwicklung 142000 Anträge bewilligt, die zugehörigen Informationsdienstleistungen erbracht und 310000 Beratungsgespräche geführt werden mussten.

Daran wird deutlich, wie wichtig heute die Schaffung von digitalen Schnittstellen zu den Förderkunden ist. Ziel der L-Bank wie auch der anderen Förderbanken ist an dieser Stelle die Umstellung auf Online-Anträge, die Unterstützung der Beratung durch digitale Anwendungen und möglichst auch die digitale Förderzusage. Und all das erfordert als Vorleistung massive Investitionen in die IT-Technik. Dass der Verwaltungsaufwand (einschließlich der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen) der L-Bank im Berichtsjahr 2017 um rund 11,8 Prozent auf 185,2 Millionen Euro und die reinen Sachkosten gar um 14,9 Prozent auf 70,186 Millionen Euro gestiegen sind, begründet die Bank nicht zuletzt mit den Aufwendungen für die Ablösung der bisherigen Großrechnerarchitektur durch eine moderne Server-Landschaft.

Die hohen IT-Kosten werden dabei als notwendige Investition in die eigene Zukunft eingestuft, um die genannten digitalen Anforderungen effizienter stemmen zu können. Das fängt an mit der Flankierung der üblichen Beratungsgespräche in den Wirtschaftskammern für junge Unternehmen und etablierte Mittelständler per Videokonferenzen und führt über die Einrichtung von Expertenportalen bis hin zum Anschluss der gewerblichen Förderprodukte an die onlinebasierte KfW-Fördermittelplattform – Letzteres auch als Pilotprojekt für andere Landesförderbanken.

In der Ergebnisrechnung der L-Bank hat das Umfeld aus Niedrigzinsen, Wegfall des Entlastungseffektes durch die gesetzliche Änderung des Abzinsungssatzes für Pensionsrückstellungen und den hohen IT-Aufwendungen zu einer deutlichen Bewegung bei den gebräuchlichen Kennzahlen geführt. Die Cost Income Ratio

stieg auf 52,39 (41,65) Prozent und die Eigenkapitalrendite fiel markant auf 5,44 (12,19) Prozent. Für eine Bank mit staatlichen Aufgaben ist das sicherlich vertretbar. Aber mit Blick auf die Effizienz wird die L-Bank in den kommenden Jahren zeigen müssen, dass ihre Aufwendungen tatsächlich Investitionen in die Zukunft waren. An ihrer soliden Kapitalausstattung hat die Bank übrigens trotz Staatshaftung festgehalten. Die Kernkapitalquote bei voller Anwendung von Basel III ist auf 18,67 (18,00) Prozent gestiegen und soll weiter auf rund 20 Prozent angehoben werden.

Regulierung

Tagesarbeit unter extremer Unsicherheit

Für außenstehende Beobachter bieten Europa und seine politischen Instanzen dieser Tage ein seltsam verworrenes Bild. Auf der einen Seite arbeiten sie tapfer an den vielen angestoßenen Projekten und ihrer Ausgestaltung im Detail. Und auf der anderen Seite sorgt die weltpolitische Lage fast täglich für neue Unsicherheiten und stellt selbst die so dringend erforderliche Klärung der elementaren Frage der Weiterentwicklung Europas als Ganzes infrage. Angefangen von den kaum nachvollziehbaren Kapriolen rund um das geplante und dann doch wieder ausgesetzte Gipfeltreffen des amerikanischen Präsidenten mit dem nordkoreanischen Machthaber über den anhaltenden Disput und das harte Ringen im weltweiten Handelsstreit bis hin zu dem höchst umstrittenen Programm der neuen italienischen Regierung gibt es auch in der Woche nach Pfingsten erschreckend wenig Erleuchtung, aber eine Fülle ungeklärter Entwicklungen beziehungsweise ungelöster Fragen von enormer Tragweite. Die konkreten Folgewirkungen für Europa lassen sich nicht einmal in Ansätzen abschätzen.

Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission in der vorletzten Maiwoche gleich drei Vorhaben konkretisiert, von denen sie sich Impulse für Europa verspricht. Sie legte ein Maßnahmenpaket zur Erleichterung des Zugangs von kleineren und mittleren Unternehmen an den Kapitalmarkt vor, das für KMUs vereinfachte Anforderungen an eine Börsennotierung vorsieht. Sie schlug eine Verordnung für ein europaweit einheitliches Klassifikationsschema für

nachhaltige Finanzanlagen vor und verzichtete dabei auf die höchst umstrittene Aufnahme von Eigenkapitalvorschriften für grüne Anlagen. Und sie veröffentlichte schließlich einen Gesetzesentwurf zur Ausgestaltung von sogenannten Sovereign-Bond-backed-Securities (SBBS), der bei Umsetzung wahrscheinlich die stärksten Auswirkungen für Europa haben würde. Im Prinzip sieht dieses Konzept eine neue Anleiheklasse vor. Dabei sollen Staatsanleihen aller 19 EU-Mitgliedstaaten exakt nach dem EZB-Kapitalschlüssel bei einer Zweckgesellschaft gepoolt und zu 70 Prozent als Senior-Tranche mit niedrigem Zins als „sichere“ Assets veräußert werden. Die restlichen 30 Prozent sollen in eine Junior-Tranche fließen, der bei einem Ausfall der First Loss zugewiesen wird. Aufsichtsrechtlich sollen die neuen SBBS wie derzeit auch Staatsanleihen von Eigenkapitalanforderungen verschont bleiben.

Ob es in turbulenten Marktphasen zu einem Kollaps der Nachfrage nach risikobehafteten Tranchen kommen könnte, die durch die Hintertür über den entstehenden politischen Druck fast zwangsläufig die Einführung einer Gemeinschaftshaftung bedeuten könnte, liefert erwartungsgemäß reichlich Zündstoff für Politiker und Interessenvertreter. Wie viele Interessenvertreter aus dem Bankensektor und der sonstigen Wirtschaft hat sich der Bundesfinanzminister prompt ablehnend geäußert. Aus seiner Partei kommen allerdings auch Stimmen, die den Status quo mit Staatsanleihen von Krisenländern in den Bilanzen von Banken aus Krisenländern als nicht weniger riskant einstufen als diversifizierte SBBS mit gewissem Risikopuffer in den Bankbilanzen.

Falls es die SBBS schon geben würde, wäre es sicherlich sehr interessant zu beobachten, wie sich dieses Kapitalmarktinstrument unter den möglichen Stressszenarien eines absehbaren Interessenkonfliktes um Verschuldungsgrad und Haushaltsdisziplin zwischen der neuen italienischen Regierung und der EU entwickelt. Aber für ein solches Experiment unter realen Marktbedingungen wäre ein Scheitern gewiss zu kostspielig. Den verantwortlichen europäischen Spitzenpolitikern verdeutlicht das Beispiel SBBS einmal mehr ihr großes Dilemma. Mit einer Einigung auf den kleinstmöglichen Nenner lassen sich die Wähler in den Nationalstaaten kaum für Europa begeistern. Aber Mut zum unkalkulierbaren Risiko kann eben auch nicht der richtige Weg sein.